

Regierungsratsbeschluss

vom 29. August 2017

Nr. 2017/1460

Vernehmlassung zu Steuerung der Zuwanderung (Art. 121a BV), Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE), der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA), der Arbeitsvermittlungsverordnung (AVV), der Arbeitslosenversicherungsverordnung (AVIV) sowie der Verordnung über das Gewerbe der Reisenden Schreiben an das Staatssekretariat für Migration SEM und das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, 3003 Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD, die Kantone zur Vernehmlassung zu fünf Verordnungsänderungen im Zusammenhang mit der Steuerung der Zuwanderung (Art. 121a BV) eingeladen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes wird die Stellungnahme an das Staatssekretariat für Migration SEM und das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO zu fünf Verordnungsänderungen im Zusammenhang mit der Steuerung der Zuwanderung (Art. 121a BV) beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilagen

Schreiben an die Staatssekretariate für Migration SEM und Wirtschaft SECO vom 29. August 2017 mit Anhang

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2; GK 4344)
Amt für Wirtschaft und Arbeit (3)
Ausgleichskasse Solothurn
Departement des Innern
Migrationsamt
Amt für soziale Sicherheit
Medien (jae)
Konferenz der Kantonsregierungen KdK, Speichergasse 6, Postfach, 3001 Bern